

Dresdner Volkszeitung

Postfachamt: Leipzig,
Raben & Comp., Nr. 2061A.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:
Gedr. Kersch, Dresden.

Legungspreis einschließlich Bringebeln monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M., Einzelnummer 80 Pf.

Schriftleitung: Wettersplatz 10, Tel. 25 261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettersplatz 10, Tel. 25 261.
Wochenschriftzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 Spaltenreihenweite 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3 Spaltenreihenweite 6.50 M. Bei mehrmaliger Wochenausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Eine Vergrößerung der Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Beifahrtbereitschaft 50 Pf.

Nr. 199

Dresden, Sonnabend den 28. August 1920

31. Jahrg.

Polens Schicksalsstunde

Von Außenminister a. D. Dr. A. Rappert

Polen ist hundert Jahre lang das Schicksalskind des westeuropäischen Liberalismus gewesen. In Deutschland wurden bis in die 60er Jahre hinein die schwärmerischen Vieder des Polonismus gelungen. Die deutsche Arbeiterklasse trat, wie in andere, so auch in dieser Beziehung die Erbschaft des deutschen Liberalismus an. Auf allen internationalen Arbeiterkongressen wurde dem polnischen Kampf gegen das alte Deutschland — gegen das alte Preußen — gegen das alte Österreich der Rücken gestärkt. Wenn auch der spezifische Polonismus im Laufe der Jahre ausstarb, so blieb doch Polen bis zur Revolution ein Liebling der öffentlichen Meinung Europas.

Der radikale Umschwung, der sich in dieser Beziehung seit einem Jahre vollzieht, zeigt Polen, wie schnell sich ein Land durch verfehlte Politik die Sympathien der Welt verlieren kann. Polen ist unter seiner bisherigen Regierung nicht das geworden, was die Demokratie Europas ihm seit hundert Jahren wünschte. Anstatt mit aller Kraft sich dem Wiederaufbau seiner zerstörten Wirtschaft — der Konsolidierung seines jungen Staatswesens — der Erziehung seines leidenden Volkes zu widmen, hat es ein ganzes Jahr lang gegen seine nördlichen und südlichen Nachbarn, gegen Deutschland und Russland, eine öde Politik des Wuchters, der Vergeltung und der territorialen Expansion getrieben — eine Politik, die die nationalen Leidenschaften seiner Nachbarn unnötig aufschaukeln mußte und heute in Europa einen Knoten der Demokratie gegen Polen zu schaffen droht, der dem polnischen Volke zu denken geben sollte.

„Geographie ist Schicksal“. Polens historische Aufgabe ist und bleibt, zwischen dem Westen und Osten Europas jenes kulturelle Zwischenglied zu schaffen, zu dem es nicht nur durch seine geographische Lage, sondern auch durch seinen Volksscharakter so gut qualifiziert ist. Polen sollte ein Element der Ruhe und Bindung in dem ungelösten Wirrwort des Ostens abgeben. Statt dessen ist es im letzten Jahre zu einem Element der Unruhe geworden, nicht nur für seine Nachbarn, sondern in den letzten Monaten auch für ganz Europa geworden. Das polnische Volk hat es mit Recht abgelehnt, eine machtpolitische Dependence der ehemaligen mitteleuropäischen Kaiserreiche zu werden. Auch jene historische Aufgabe kann es nur erfüllen, wenn es eine selbständige Politik nach Osten und Westen treibt. Statt dessen hat Polen im vergangenen Jahre den Anschein erweckt, als sei es eine machtpolitische Dependence von Deutschland und Sowjetrußlands erbittertstem Feinde und als führe es heute noch Kriege im Auftrage Frankreichs, wie es im Jahre 1863 mit seiner Unterstützung eine Revolution arrangierte. Polen verankert sein augenblickliches staatliches Existenzrecht freilich der Entente und vor allem Frankreich. Das wird Polen selbstverständlich nicht vergessen können. Flagranter Undankbarkeit ist nach einem Worte Bismarcks in der Politik wie im Privatleben nicht nur unehrenhaft, sondern auch unklug. Aber Polen wird ebensoviele vergessen können, daß sein Staat nicht lediglich aus der Blut- und Eisenspolitik von heute hervorgegangen ist. An seiner Wiege stand die europäische Demokratie, Machtvollkommenheiten vergehen. Aber gegen die europäische Demokratie wird in Zukunft kein Staat auf die Dauer gedeihen können. Je eher Polen das begreift, desto besser für sein Land, desto besser für Europa.

In den Tagen, da unter dem Siegesjubel auch verirrter deutscher Arbeiter die russische Sowjetarmee Warschau zu überrennen drohte, haben wir aus links- und rechtsradikalen Kreisen den Wunsch anhören hören, daß Polen wieder von der europäischen Karte verschwinden möge. Nun hat in der Tat Polen seit der Revolution, besonders in der Behandlung der ihm durch Diktat zugeprochenen Deutschen, Wege eingeschlagen, die jedes Abwehrmittel auf deutscher Seite erschweren erscheinen lassen. Aber das deutsche Volk — mündig geworden auch in seinem außenpolitischen Denken — treibt keine Politik der Schadenfreude oder der Rache. Das deutsche Volk wünscht, daß der Unruheherd, der durch das ungelöste polnische Problem außerhalb und innerhalb seiner Grenzen bestand, endgültig und nach den Gesetzen der Billigkeit aus der Welt geschafft wird. Dabei muß der Gedanke, auf beiden Seiten der neuen Grenze eine möglichst gleiche Anzahl fremder Minoritäten zu belassen und diesen Minoritäten durch gegenseitigen Vertrag ihre politischen und kulturellen Rechte zu sichern, auch für den künftigen deutsch-polnischen Ausgleich fruchtbar gemacht werden. Vor allem aber muß gerade in diesen Tagen, wo Polens Zukunft auf dem Spiele steht, offen und laut betont werden, daß das demokratische Deutschland an einem selbständigen Polen, das seine historische Aufgabe wirklich begreift, selber ein starkes Interesse hat.

Wie Polen sich innerlich regieren und verwalten will, ist seine Angelegenheit. Das kümmert uns ebenfalls wenig wie die Frage, welches Regierungssystem sich das russische Volk für sich selber wählen will. Als Deutsche — als Polens Nachbar — als Lebensgenossen — fordern und erwarten wir, daß das selbständige polnische Volk seine deutschen Landesbewohner als Staatsbürger und nicht als Untertanen behandelt — bis als Staatsbürger und nicht als Untertanen behandelt — bis der Völkerbund die deutsch-polnische Grenze in jenem Sinne revidiert haben wird, dem auch Polen auf die Dauer sich nicht verschließen können. Als Europäer aber, als Demokratie, die für das polnische Selbstbestimmungsrecht gekämpft haben, als Polens Gegner, noch in der Fülle ihrer Macht sehen, erwarten wir, daß Polen aus seinen imperialistischen Träumen von gestern erwacht und den Gedanken der zwischenstaatlichen Demokratie auch und gerade im Verhältnis zu seinen Nachbarn, Achtung erweist. Wir wollen, daß

Ostsee-Blockade gegen Rußland

Eigene Drahtmeldung

Rönigsberg, 28. August. Aus gut unterrichteten Ostseeschiffahrtskreisen verlautet, daß die Entente einschließlich der Vereinigten Staaten eine internationale Aktion in der Ostsee vorbereitet. Ein englisches und ein französisches Geschwader werden zwischen Memel und Danzig zusammengezogen. Dieses Geschwader hat die Aufgabe, die Blockade gegen Rußland durchzuführen. Die öffentliche Blockadeerklärung ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Der skandinavischen Regierung geht in diesen Tagen eine Note zu, in der sie aufgefordert wird, keine Produkte, Nahrungsmittel oder Kriegsmaterial nach Rußland zu senden.

Zwangsaushebungen in Petersburg

St. Petersburg, 28. August. Nationalitätende nicht aus Helsinki: Alles deutet darauf hin, daß Petersburg zur Zeit eine schwere Krise durchläuft. Jeder freie Handel ist verboten. Alle Geschäfte sind geschlossen. Es werden zahlreiche Zwangsaushebungen vorgenommen. Für die polnische Front werden zahlreiche Zwangsaushebungen durchgeführt. Große Truppenabteilungen gehen von Petersburg an die Front ab.

Das Moskauer Revolutionstribunal

Eigene Drahtmeldung

Moskau, 28. August. Der vor dem Moskauer Revolutionstribunal geführte Prozeß gegen die Mitglieder des sogenannten taktischen Zentrums endete, wie ein Jurist berichtet, mit der Beurteilung aller Angeklagten, ausgenommen den Häuptling Bruckow, zum Tode durch Erschießen, jedoch unter Anwendung der Kannteil. Demgemäß wurden dementsprechend Krubegly zu Zwangsarbeit, die Gräfin Alexandra Tolstol, die jüngste Tochter Tolstois, und deren Sekretärin zu 3 Jahren Gefängnis, der frühere Mitarbeiter der Nowaja Wremja zur Internierung bis zur Beendigung des Prozesses in einem Konzentrationslager.

Infolge der polnischen Politik des letzten Jahres alle seine Nachbarn von stärkstem Mißtrauen gegen den jungen Staat, der die europäische Demokratie so unglücklich enttäuscht hat, erfüllt sind. Wir appellieren von dem Polen von gestern an das Polen von morgen — von der polnischen Regierung an das polnische Volk.

Warum wir das gerade heute schreiben? Polen steht in diesen Tagen vor einer Schicksalsfrage. Wenn nicht alles täuscht, hat es die tödliche Bedrohung durch die Sowjetarmee fürs erste abgewehrt. Will das polnische Volk nunmehr einen Nachschub gegen den Bolschewismus führen? Oder will es lediglich seine nationale Unabhängigkeit verteidigen? Will es für fremde Zwecke bluten um einiger Quadratmeilen neuen Landes willen? Oder will es sich auch im Siege auf seine großen Zukunftsaufgaben besinnen. In seinem eigenen Interesse wünschen wir im das letztere. Es wird und muß sich gegen den militanten Bolschewismus wappnen. Aber über seine wahrhaft nationale Grenze hinaus darf das polnische Meer sich nicht nach Osten bewegen. Die deutsche Sozialdemokratie — und sie am besten — hat den Eintritt ihrer politischen Gesinnungsgenossen in das Kabinett der nationalen Verteidigung verhandelt und gebilligt. Möge die polnische Arbeiterklasse und das polnische Volk, das in Zukunft mit Deutschland und Rußland gemeinsam und benachbart leben und arbeiten soll, die historische Verantwortung erkennen, die vor Europa zu übernehmen es sich anstellt.

Der unabhängige Zweifeltentkampf

In der U. S. P. ist der Kravall um die Moskauer Bedingungen bereits im Gange. Nachdem am Donnerstagabend die Freiheit die Diskussion über die Frage des Anschlusses an die Moskauer Internationale mit einem Aufflag des einen Vorsitzenden der U. S. P., Ernst Däumig, eröffnet hat, der sich ungewissenheit für Annahme der Moskauer Bedingungen und für die Ausschließung Kautskys und seiner Anhänger (Hilferding, Oskar Cohn uim.) ausspricht, ergreift nun am Freitag morgen der andre unabhängige Parteivorstand, Arthur Crispian, in derselben Freiheit das Wort und bezeichnet die von Däumig angenommenen Bedingungen als eine Aufforderung zum Selbstmord, die er entschieden zurückweist.

Aus seinen Ausführungen geht übrigens hervor, daß die Annahme der Bedingungen durch den nächsten Parteitag der U. S. P. keineswegs mit der Aufnahme in der kommunistischen Internationale gleichbedeutend wäre. Vielmehr würde sodann von der Moskauer Internationale erneut geprüft werden, ob die Unabhängigen „nunmehr reif und würdig genug“ für eine solche Zulassung wären.

Sehr zweideutig und sogar schmeichelehaft, nach der Darstellung Crispians, die Haltung Däumigs und Stöckers in Moskau gewesen zu sein. Inwiefern sie sich, in völliger Einvernehmen mit Dittmann und Crispian, entschieden gegen jede „schwarze Liste“ ausgesprochen haben,

Bolschewistisch-islamischer Kongress

Eigene Drahtmeldung

Paris, 28. August. Die Chicago Tribune berichtet aus Konstantinopel: Eine neue panislamische Konferenz, die größte, die bis jetzt abgehalten wurde, wird unter Beteiligung der Bolschewisten am 1. September in Baku stattfinden. Delegierte aus allen Teilen der islamischen Welt werden sich hier mit Delegierten aus Moskau treffen, um den Plan einer islamischen Revolution zu erörtern. Gall-Pascha und Kuri-Pascha sind in Baku am 15. August eingetroffen, um dort die Vorbereitungen für die Konferenz zu treffen. Die Moskauer dritte Internationale plant die Erziehung von Zweigstellen in allen muslimanischen Gebieten durch Agenten.

Kapitalistischer Zerstörungswahn

Eigene Drahtmeldung

Kiel, 28. August. Der Betriebsrat der Reichswerke in Kiel hat an die Belegschaft einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt: Von der Entente wird die Zerstörung der auf der Reichswerke noch vorhandenen 200 Flugzeugmotoren gefordert. Die Motoren stellen einen Wert von vielen tausend Mark dar. Der gesamte Betriebsrat fordert euch auf, eure Hand zu der geplanten kapitalistischen Wahnstimmung nicht zu bieten. Wohl sind wir bereit, noch Waffen zu vernichten, in diesem Falle aber ist jede Garantie gegeben, daß die Motoren nicht zu Kriegszwecken benutzt werden. Der Betriebsrat erwartet von euch, daß ihr strengste Solidarität übt und allen auf die Zerstörung der Motoren hinstellenden Befehlen keine Folge leisten werdet.

Generalfest in Stuttgart

Stuttgart, 28. August. Der Generalfest hat heute begonnen. In der Industrie wird nicht gearbeitet. Die Lieferung von Gas und Strom hat ausgedehnt. Die Verteilung der Zeitungen noch erschienen. Die Organisationen der Verkehrsbeamten haben beschlossen, daß der Verkehr mit allen Mitteln aufrechterhalten werden soll. Zu Unruhen und Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.

und Stöcker habe sich sogar spontan bereit erklärt, „für Hilferding eine Lanze einzulegen“. Sodann aber, erzählte Crispian, „rückten sie offen von Dittmann und mir ab“ und stimmten einer drakonischen „schwarzen Liste“ zu:

„Es wurden im Laufe der Verhandlungen nicht wenig Namen unserer Partei genannt, für die kein Raum in der kommunistischen Internationale sei. Der z. B. den Terror grundständig ablehnt, wer die Pressefreiheit respektieren will, begründet grundsätzliche Bedenken gegen die Beschlüsse der kommunistischen Internationale und muß rausgeschmissen werden. Die Genossen Bedebauer (1), Dittmann, Henke (1), Bretschfeld, Cohn, die Redaktionen der Freiheit und der Leipziger Volkszeitung wurden sofort angegriffen, an unserer Reichsorganisationskommission 60 Genossen rausgeschmissen werden, kurz, es wurde erklärt, daß unsere Partei mit allen diesen Genossen radikal brechen muß und daß die kommunistische Internationale nur diejenigen in ihrer Mitte dulden werde, die theoretisch und praktisch restlos unterordnen. Meinungsverschiedenheiten seien in revolutionären Zeiten nicht nur nicht notwendig, sie wären geradezu ein Verbrechen.“

Alle Bemühungen Crispians und Dittmanns, die Unmöglichkeit dieser Forderungen darzulegen,

„mußten um so fruchtbarer sein, als die Genossen Däumig und Stöcker sich ebenfalls gegen uns wandten. Däumig erklärte ausdrücklich, daß er die Bedingungen der kommunistischen Internationale akzeptiere und zu ihrer Durchföhrung bereit sei. Er läßt nach reiflichem Überdenken zu der Überzeugung gekommen, daß die Reinigung unserer Partei erfolgen müsse. Er sei in seiner Auffassung bestärkt worden, daß der Anschluß unserer Partei an die kommunistische Internationale zu erfolgen habe. Stöcker schloß sich Däumig rückhaltlos an. Er bekräftigte die Beschlüsse und sagte hinzu, daß in der Partei kein Platz für solche Elemente sei, die theoretisch und faktisch eine andere Meinung hätten. Solche Elemente müsse die Partei als Ballast aber Bord werfen.“

Die Beschuldigungen, die Crispian gegen Däumig und Stöcker erhebt, sind so schwerwiegender Art, daß eine Erwiderung der letzteren zu erwarten ist. Es ist nur die Frage, ob diese Antwort noch in der Freiheit erfolgen wird, oder bereits in der Roten Fahne.

Auch in der unabhängigen Presse spiegelt sich der Kampf zwischen den rechten und der linken Seite. Die Leipziger Volkszeitung, die ihren Kampf gegen die Moskauer Selbstföhrung sehr tapfer und entschieden führt, wendet sich scharf gegen Däumig, konstatiert, daß die unabhängige Volkszeitung für das Boykott des Taktik Beint ebenfalls ablehnt und nimmt sich das panische Volksblatt vor, das sich nach allerhand Wenn und Aber für Unterwerfung erklärt.

Eine bemerkenswerte Haltung nimmt das Dresdner unabhängige Blatt ein — nämlich überhaupt keine! Es will erst den Bericht abwarten, den auf der am nächsten Mittwoch beginnenden Reichskonferenz der U. S. P. die Moskauer Delegierten erstatten werden. Denn der Ton, was die Wahl — und dann beginnt ein Cieranus, so tapfer und er-